Leserbrief

„Unterbüchel muss an den Kanal“ – so lautet die Überschrift eines Artikels des Oberbergischen Anzeigers vom 22.9.2007. Dies ist kompletter Unfug! Der Rat hat lediglich die Klage gegen das kommunalaufsichtliche Verfahren des Landrates zurückgenommen, weil diese keine Aussicht auf Erfolg hatte.

Die Aussichtslosigkeit der Klage ist bedingt durch Fehler der Vergangenheit. Das vom Rat in der Sitzung am 14.12.2005 beschlossene dezentrale Abwasserkonzept wurde von der Verwaltung hintertrieben. Ein am Rat vorbei in Auftrag gegebenes Gefälligkeitsgutachten, gefüttert mit falschen Zahlen der Verwaltung, kam zum Ergebnis die zentrale Kanalisation sei auch beim kleinsten Weiler noch wirtschaftlicher als dezentrale Lösungen – ein Treppenwitz! Daraufhin kam der Widerspruch der Kommunalaufsicht gegen Befreiungsanträge von der Abwasserbeseitungspflicht. Leider fehlte dem Rat in der Sitzung am 14.9.2006 der Mut Rechtsmittel einzulegen. Hiermit wurde der Bescheid rechtskräftig. Dass es schwierig ist, gegen einen rechtskräftigen Bescheid erfolgreich zu klagen – insbesondere dann, wenn sich die Rechtslage nicht geändert hat - ist nachvollziehbar. Dennoch hat es der Rat versucht, weil es aberwitzig wäre, die kleine Ortschaft Unterbüchel mit ihren 9 Häusern (von denen zwei bereits über funktionierende dezentrale Anlagen verfügen) mit hohem finanziellen Aufwand (vorsichtig geschätzt 230.000 €) ans zentrale Kanalnetz anzuschließen.

Die Rücknahme der Klage bedeutet lediglich, dass die Zuständigkeit für die Entwässerung von Unterbüchel bei der Gemeinde verbleibt. In der Sondersitzung habe ich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN folgenden Antrag eingebracht:

Die Ortschaft Unterbüchel wird ins ABK aufgenommen und dezentral entwässert.

Hierbei sollten u.a. folgende Varianten geprüft werden und dem Betriebsausschuss zur Beratung und Beschlussfassung vorgestellt werden:

a) Ein Verein (z.B. der NWVS oder ein neu zu gründender Verein) übernimmt die Aufgaben der Entwässerung von Unterbüchel als Erfüllungsgehilfe der Gemeinde.

b) Die Gemeinde führt die dezentrale Entwässerung in eigener Regie durch.

Bei beiden Varianten werden bereits bestehende dezentrale Anlagen ins Konzept einbezogen.

Hierüber erfährt Ihr Leser nichts! Er erfährt auch nichts über den Eklat, den ein unfähiger Bürgermeister heraufbeschwor, als er sich massiv weigerte, Einwohnerfragen in der Sitzung zuzulassen. Das kann natürlich passieren, wenn der berichtende Redakteur selbst nicht bei der Sitzung zugegen war und seine Informationen lediglich von der Verwaltung erhält, die selbst den größten Teil der Engelskirchener Abwasserprobleme darstellt.

Helmut Schäfer

(Fraktionssprecher BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Engelskirchen)